



Eurospots

Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gekommen und haben zu Hause oder außerhalb schön gefeiert und sind positiv gestimmt ins Jahr 2019 gestartet! Für unser schönes Hessenland gibt es da Grund zur Zuversicht, denn die Verhandlungen zur Fortsetzung der schwarz-grünen Regierungskoalition konnten erfolgreich beendet werden und am 18. Januar beginnt die neue Legislaturperiode.

Mit dem alten Jahr sind allerdings nicht alle Herausforderungen des vergangenen Jahres bewältigt. Während dieser Eurospot gedruckt wird, wissen wir noch nicht, ob Theresa May das mit der EU vereinbarte Brexit-Abkommen durch das Unterhaus in London bringt oder ob wir einem ungeregelten „harten Brexit“ bis zum 29. März entgegengehen. Gibt es in diesem Fall doch noch ein 2. Referendum mit Fristverlängerung bis Mitte des Jahres und der Frage: harter Brexit oder bleiben? Oder wird der Austrittsantrag nach Artikel 50 des EU-Vertrages doch noch vor dem 29. März in Panik zurückgezogen? Nichts ist derzeit ausgeschlossen, obwohl die Wahrscheinlichkeit eher für einen Brexit spricht, so oder so. Die Debatte im Aufgalopp zur Europawahl wird damit ein deutliches Schlaglicht auf die Situation eines Landes werfen, das in schwieriger Weltlage die Union verlässt, in der Hoffnung, allein besser dazustehen. Ich bin überzeugt, dass Großbritannien davon nicht profitiert, auch die 27 nicht. Allerdings ist der negative Effekt für das Vereinigte Königreich sicher heftiger, nicht nur wegen der neuen alten Grenze in Irland.

Schauen wir, wie es tatsächlich kommt!

Michael Gahler

AUS DEM INHALT

Ausgabe Januar 2019

- **Freihandelsabkommen EU-Ukraine**
- **Filmemacher Oleh Senzow erhält Sacharow-Preis**
- **Handelsabkommen EU-Japan**
- **Kommunale Rettungsdienstleistungen und EU-Recht**
- **Günstiger telefonieren**
- **Europa-App CDUCSU4EU**

Parlament verabschiedet Bericht zum Assoziationsabkommen EU-Ukraine

Am 12. Dezember wurde der parlamentarische Bericht zum Assoziationsabkommen EU-Ukraine verabschiedet, der von Michael Gahler als Berichterstatter betreut wurde. Durch das Assoziations- und Freihandelsabkommen ist die EU heute mit einem Anteil von 42 Prozent der mit Abstand größte Handelspartner der Ukraine. Die Ukraine muss auf ihrem Weg unterstützt werden, die Lebensverhältnisse im Land zu verbessern und sich der Europäischen Union anzunähern. Die Ukraine macht große Fortschritte bei der Umsetzung der Reformen,



die im Assoziierungsabkommen vereinbart wurden. Aber bisher kommen die Früchte der Reformen zu wenig bei den Bürgern an. Vor allem die Bekämpfung der Korruption muss unterschiedener stattfinden. Russland muss jegliche weitere Provokation und Eskalation in der Region unterlassen.

Wir fordern die umgehende Freilassung der von Russland verhafteten ukrainischen Matrosen. Die internationale Handelsschifffahrt in das Asowsche Meer muss wieder ungehindert und ohne Verzögerungen durch russische Kontrollen ablaufen, wie es das internationale Recht vorsieht.

Ukrainischer Filmemacher Oleh Senzow erhält Sacharow-Preis für Geistige Freiheit



Mit der Verleihung des Sacharow-Preises für Geistige Freiheit an den ukrainischen Filmemacher Oleh Senzow

am 12. Dezember wurde das richtige Signal zur richtigen Zeit gegeben. Wir würdigen sein friedliches Engagement

für die Rechte der Ukrainer auf der russisch besetzten Krim und fordern die Freilassung aller politischen ukrainischen Häftlinge aus russischen Gefängnissen.

Hintergrund:

Oleh Senzow ist ein 1976 geborener ukrainischer Filmregisseur. Am 10. Mai 2014 wurde er in der Hauptstadt der

Ukrainischen Autonomen Republik der Krim, Simferopol, von den russischen Besatzern verhaftet und in einem Schauprozess vor einem russischen Gericht wegen Terrorismusvorwürfen zu 20 Jahren Haft verurteilt. Amnesty International charakterisiert den

Prozess als unfaires Verfahren vor einem Militärgericht. Oleh Senzow hat niemals eine Schuld anerkannt. Am 14. Mai 2018 begann er einen Hungerstreik, den er erst vor kurzem wegen drohender Zwangsernährung nach 145 Tagen abgebrochen hat.

Der Sacharow-Preis geht auf den Friedensnobelpreisträger von 1975, Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921-1989), zurück. Mit der Ehrung würdigt das Europäische Parlament seit 1988 jährlich den Einsatz für Menschenrechte und Meinungsfreiheit.

Abschlussbericht des Sonderausschusses Terrorismus

Die schrecklichen Ereignisse in Straßburg im Dezember haben wieder einmal deutlich vor Augen geführt, dass die terroristische Gefahr nach wie vor allgegenwärtig ist. Mit dem klaren Votum für den Abschlussbericht des Sonderausschusses Terrorismus am 12. Dezember wurde ein wichtiges Signal gesendet: Europa muss sicherer werden. Leider besteht immer noch großer Nachholbedarf bei den Sicherheitsmaßnahmen, Lücken beim Informationsaustausch müssen geschlossen und alle relevanten Datenbanken interoperabel gemacht werden. Wichtige Daten und Informationen müssen schnell für alle Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, damit Terroristen hier keine Schlupflöcher nutzen können. Dafür wird ein neuer Ansatz beim Informationsaustausch benö-



tigt. Der Schwerpunkt muss auf die Verbesserung der Qualität von Daten, auf die bessere Verarbeitung und Analyse insbesondere großer Datenmengen und auf einen automatisierten Informationsaustausch unter Zuhilfenahme technischer Lösungen gelegt werden.

Terroristen muss der Geldhahn zugedreht werden.

Deshalb werden im Bericht die Mitgliedsstaaten und die Kommission aufgefordert, ein EU-System – Terrorist Finance Tracking Programme (TFTP) – einzurichten, das Geldbewegungen zu terroristischen Zwecken nachverfolgt. Darüber hinaus muss in Europa mehr gegen Radikalisierung – insbesondere im Frühstadium – getan werden. Hassprediger sollten

auf eine EU-weite Beobachtungsliste aufgenommen werden. Die bisherige lose Zusammenarbeit im Bereich der Radikalisierungsprävention muss mit einem EU-Kompetenzzentrum ver-

bessert werden. Dieses soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, Fachleuten und Forschern im Bereich Prävention koordinieren. Mehr muss auch noch für die Opfer von Ter-

rismus getan werden – schnelle und unkomplizierte Hilfe, klar definierte Rechte und angemessene Entschädigungen für das erlittene Leid sind dabei nur einige Stichworte.

Parlament stimmt außenpolitischem Jahresbericht zu



Europa muss in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähiger werden. Dies fordert das Plenum in seinem Jahresbericht über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, der am 12. Dezember angenommen wurde. Die direkte Nachbarschaft ist heute fragiler und unbeständiger als jemals zuvor nach dem Ende des Kalten Krieges. Fast täglich wird die EU mit zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, Terrorismus, Cyberangriffen,

hybriden Konflikten und Naturkatastrophen konfrontiert. Es ist an der Zeit, dass die EU ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt und ihre Rolle als souveräne politische und wirtschaftliche Macht wahrnimmt. Kein EU-Mitgliedstaat kann aus eigener Kraft allein und effektiv auf die heutigen globalen Herausforderungen reagieren.

Die EU sollte außenpolitisch verstärkt auf einen vernetzten

Ansatz setzen. Sie muss die unterschiedlichen Instrumente der EU, insbesondere wirtschaftliche, diplomatische, entwicklungspolitische, humanitäre, zivile und militärische, noch besser bündeln und aufeinander abstimmen. Nur so wird der geopolitische Einfluss Europas und damit auch die Sicherheit der EU-Bürger gestärkt. Ein EU-Sicherheitsrat sowie die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit bei bestimmten außenpolitischen Fragen würden Europa handlungsfähiger machen.

Hintergrund:

Der Bericht des Europäischen Parlaments über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bietet einen strategischen Blick auf die Außenpolitik der Europäischen Union und formuliert konkrete Handlungsempfehlungen, wie die EU ihre eigene Sicherheit garantieren und gleichzeitig ihre Interessen und Werte in der Welt verteidigen kann.

Handelsabkommen EU-Japan im Plenum verabschiedet

Mit dem neuen EU-Handelsabkommen mit Japan, das am 12. Dezember verabschiedet wurde, werden neue und moderne Wege beschritten. Es ist auch das bisher umfänglichste im Hinblick auf den bilateralen Wirtschaftsaustausch. Erstmals sind die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens in einem Handelsvertrag verankert. Zusammen mit Japan gibt es auch erstmalig eine gemeinsame Forschungsförderung. Zudem etablieren die EU und Japan hohe Standards beim Umwelt- und Arbeitsschutz.

Erfreulich für die Autoindustrie: Die japanischen Hersteller werden sich an den Normen der EU-Autobauer orientieren. In einer Welt, in der Unilateralismus und Abschottung wieder zu Mitteln

der Politik werden, hat das EU-Japan-Abkommen außerdem eine große symbolische Bedeutung. Denn es bedeutet nicht nur Zollabbau und Marktzugang, sondern steht auch für die Werte und Zivilisationsstandards, die uns mit Japan verbinden.

Hintergrund:

Mit dem Abkommen zur Wirtschaftspartnerschaft erfassen die EU und Japan fast 40 Prozent des Welthandels sowie ein Drittel des weltweiten Bruttonationalprodukts. Die Verhandlungen zwischen der EU und Japan über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) wurden am 8. Dezember 2017 abgeschlossen. Am 17. Juli 2018 unterzeichneten beide Seiten in Tokio das WPA sowie ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft.



Das Wirtschaftsabkommen fällt in die Kategorie „EU only“ und ist somit mit dem Votum des Europaparlaments ratifiziert. 97 Prozent aller wechselseitigen Zölle werden mit dem Abkommen abgebaut. Regeln zum Investitionsschutz zwischen der EU und Japan werden derzeit noch in einem separaten Abkommen verhandelt.

Das Parlament fordert neue Maßnahmen gegen Wahlmanipulationen in den sozialen Medien

Eine Kernaussage der Entscheidung des Parlaments vom 25. Oktober ist die Aufforderung an die Mitgliedstaaten, die Wahlgesetze an die neue digitale Realität an-

zupassen, damit die konventionellen („Offline“) Schutzvorkehrungen für Wahlen auch im Internet Anwendung finden. Es gilt Vorschriften für die politische Kommunikati-

on während Wahlperioden, Transparenz und Beschränkungen von Wahlspenden, Einhaltung von Ruhephasen und Gleichbehandlung der Kandidaten zu beachten.



USA eingeführte Anforderung, den Auftraggeber von politischen Werbeanzeigen sowie dessen Identität und Standort zu prüfen, weil dadurch die Transparenz erhöht und damit ein Beitrag zur Bekämpfung der Einmischung ausländischer Akteure in Wahlen geleistet wird. Facebook wird insoweit nachdrücklich aufgefordert, dieselben Anforderungen auch für politische Werbung in Europa einzuführen.

Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

- Sämtliche Online-Plattformen sollen den Nutzern behilflich sein, wenn diese nachvollziehen möchten, wie ihre personenbezogenen Daten für gezielte Werbung verarbeitet werden.
- Facebook soll die Transparenz verbessern, damit Nutzer nachvollziehen können, inwiefern und aus welchem Grund sie von einer politischen Partei oder Kampagne angesprochen werden.
- Die Mitgliedstaaten sollen für elektronische Kampagnen und Werbung ein digitales Impressum zwingend vorschreiben.
- Politische Werbung jeglicher Ausprägung soll

leicht zugängliche und verständliche Angaben zu der veröffentlichen Organisation und zu den für die Finanzierung rechtlich Verantwortlichen enthalten, damit die dahinterstehende Partei, Stiftung oder Organisation leicht zu erkennen und klar ist, von wem die Kampagnen unterstützt werden.

- Das Verbot für Wahlen, auf der Grundlage von individuellen Verhaltensweisen im Internet die politischen Vorlieben zu offenbaren (Profiling). Das Verbot soll von den Plattformen der sozialen Medien überwacht und die Behörden aktiv informiert werden, wenn ein Profiling vorgenommen wird.

Das Plenum begrüßt die kürzlich von Facebook in den

Hintergrund der Forderung nach Maßnahmen gegen Wahlmanipulationen ist der Skandal um die Firma Cambridge Analytica. Von dort waren riesige Datenmengen von Facebook-Nutzern weitergegeben und im Rahmen von Wahlkampagnen durch passgenaue Botschaften potenzieller Wähler missbraucht worden. Das Parlament hat die Sorge, dass die Europawahl durch den Einsatz dieser Analytica - Daten, darunter die personenbezogenen Daten von bis zu 2,7 Millionen Unionsbürgern, beeinflusst werden könnte, wie das für das Brexit-Referendum und den letzten Präsidentschaftswahlkampf in den USA vermutet wird.

WEB-TIPP

Entschließung:

<https://bit.ly/2DOuhym>

Kommunale Rettungsdienstleistungen müssen nicht europaweit ausgeschrieben werden

Die EU-Vergaberichtlinie vom 26. Februar 2014 (2014/24/EU) findet auf den Transport von Notfallpatienten in einem Rettungswagen keine Anwendung. Diese Auffassung vertritt der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof in einem Verfahren eines privaten Rettungsdienstleiters gegen die Stadt Solingen (Rechtssache C 465/17). Der Generalanwalt hat daher dem Europäische Gerichtshof (EuGH) vorgeschlagen, dass

- der Transport von Notfallpatienten in einem Rettungswagen bei Betreuung und Versorgung

durch einen Rettungsassistenten/Rettungssanitäter als „Einsatz von Krankenwagen“ anzusehen ist, so dass die öffentliche Auftragsvergabe nicht europaweit ausgeschrieben werden muss, sofern die Leistung von einer gemeinnützigen Organisation oder Vereinigung erbracht wird.

- die Organisationen oder Vereinigungen i.S. der Vorschriften gemeinnützig sind, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind und etwaige umständehalber erzielte Gewinne der Erfüllung ih-

rer sozialen Aufgabe widmen. Zur Erfüllung dieser Voraussetzung reicht es nicht aus, dass sie im innerstaatlichen Recht als Hilfsorganisation anerkannt sind.

Der Europäische Gerichtshof ist an die Vorschläge des Generalanwalts nicht gebunden; faktisch folgt er jedoch in etwa dreiviertel aller Fälle den Vorschlägen.

WEB-TIPP

Schlussanträge:

<https://bit.ly/2Q7DKGt>

Vergaberichtlinie:

<https://bit.ly/2r4yLbC>

Günstiger telefonieren

Das Parlament hat die Preise für Anrufe innerhalb der EU ab 15. Mai 2019 gedeckelt. Damit werden nach dem Wegfall der Roaming-Gebühren im Sommer 2017 auch Telefonate ins EU-Ausland billiger. Die Abschaffung der Roaming-Gebühren betrifft nur Anrufe aus Mitgliedstaaten ins Heimatland und innerhalb des jeweiligen Aufenthaltsstaats, nicht aber

Auslandsgespräche aus den Heimatnetzen in einen anderen EU-Staat. Das hat für Verwirrung gesorgt. Hier greift nun die Deckelung der Gebühren ab 15. Mai 2019. Dann dürfen Gespräche vom Inland ins EU-Ausland maximal nur 19 Cent pro Minuten kosten, egal ob vom Handy oder vom Festnetztelefon aus; für SMS dürfen maximal nur 6 Cent verlangt werden.

Das vom Plenum am 14. November verabschiedete Gesetz verschärft auch bestehende Sicherheitsanforderungen, z.B. für die Verschlüsselung der Inhalte, und schützt so Smartphone-Nutzer besser, auch wenn sie webbasierte Dienste wie Skype oder WhatsApp nutzen. Auch müssen Telefon- oder Handyverträge künftig einen leicht verständlichen Über-



blick über die Konditionen bieten, z.B. auch über Kostenrückerstattungen, wenn nach Beendigung eines Prepaid-Vertrages noch ein Guthaben besteht.

Die neuen Vorschriften müssen innerhalb von 2 Jahren ins nationale Recht umgesetzt

werden. Die Preisobergrenzen treten aber bereits am 15. Mai 2019 in Kraft.

WEB-TIPP

Pressemitteilung:

<https://bit.ly/2Bb3Xvv>

Plenum:

<https://bit.ly/2zeYNgn>

Die neue Europa-App CDU/CSU4EU ist da!



Die Europa-App motiviert, mobilisiert, informiert und bringt Menschen zusammen, die von der europäischen Idee überzeugt sind.

Du bist bereit für Europa Flagge zu zeigen und mit dazu beizutragen, dass die Europäische Idee, für die sich die CDU/CSU-Europaabgeordneten einsetzen, mehr Unterstützung findet? Mit der Europa-App CDU/CSU4EU kannst Du Facebook-Posts und Tweets der CDU/CSU-Europaabgeordneten verbreiten helfen. Für jeden Einsatz erhältst Du Punkte. Auf die erfolgreichsten Europa-Fighters warten tolle Auszeichnungen.

Die Europa-App CDU/CSU4EU liefert Dir Argumente, mit denen Du jede Gesprächsrunde und sogar den Stammtisch davon überzeugst, dass die europäische Einigung ein großer Glücksfall für Deutschland ist. Du kannst problemlos 50 gute Gründe für Europa aufzählen und nebenbei auch noch einfließen lassen, was die CDU/CSU-Europaabgeordneten in den vergangenen Jahren für die Menschen in Deutschland und Europa erreicht haben. Dafür bietet die App Informationen zu allen relevanten Themen der Europapolitik.

Europa braucht deine Unterstützung! Registriere dich jetzt und sei Teil des Teams. Mit der Europa-App CDU/CSU4EU kannst du mit Unterstützern aus ganz Deutschland um die besten Plätze in der Rangliste kämpfen.

WEB-TIPP

Unter: „CDU/CSU4EU“ im Google Playstore und im Apple App-Store erhältlich

IMPRESSUM

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 14 E 154
B-1047 Brüssel
Tel +32-2-2845977
Fax +32-2-2849977
michael.gahler@europarl.europa.eu
www.michael-gahler.eu
f michael.gahler.77

Europabüro
Wasserweg 2
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152 - 932 594

Bildnachweis:
Europäisches Parlament,
Europäische Kommission